

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



**Erscheint:**  
an allen Werktagen.  
**Abonnement**  
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35  
monatlich 45 Pf.  
Bei allen württ. Postämtern  
und Boten im Orts- u. Nachbar-  
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,  
ausserhalb desselben M. 1,35,  
hierzu Bestellgeld 30 Pf.  
Cetelon Nr. 41

**Amtsblatt für die Stadt Wildbad.**  
Verfündigungsblatt  
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle etc.  
während der Saison mit  
**amtl. Fremdenliste.**

**Inserate nur 8 Pfg.**  
Auswärtige 10 Pfg., die Klei-  
spaltige Garmondzeile.  
Kontinuum 15 Pfg. die  
Zeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Fremdenliste  
nach Uebereinkunft.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 31.

Samstag den 7. Februar 1914.

31. Jahrgang.

### Deutsches Reich.

#### Die Zugspitzbahn.

Die für München und ganz Bayern bedeutungsvolle und mit außerordentlichem Interesse erwartete Entscheidung über die bayerischen Zugspitzbahnprojekte ist nun gefallen. Wie gemeldet, ist einem bayerischen Konsortium durch königliche Entschliessung endgültig die Bau- und Betriebskonzession für eine Zugspitzbahn erteilt worden. Das spätere kaiserliche Projekt einer Schwebebahn wurde aufgegeben, insofern führt auch das nunmehr konzessionierte Projekt auf den kaiserlichen Vorschlägen, die Zugspitzbahn auf ausschließlich bayerischem Boden zu führen. Die Bahnlinie nimmt ihren Ausgang im Bahnhof Garmisch-Partenkirchen, verläuft auf ungefähr 3 Kilometer Länge unmittelbar neben der Staatsbahnlinie Garmisch-Gröden (Haltestelle Hirschsee), wendet sich dann nach der Dittschast Obergrainau (Station), wo die Zahnradstrecke beginnt. Von hier aus folgt die Linie zunächst dem Fuchsweg von Obergrainau nach der Eibseestraße, kreuzt diese bei der Einmündung des erwähnten Weges in die Straße und erstigt nunmehr mit dieser annähernd parallel laufend den dem Eibsee vorgelagerten Höhenkamm. Nach Überbrückung der Eibseestraße tritt die Bahn in die Station Eibsee ein. Die Linie entwickelt sich ab dann in ausgesprochen südwestlicher Richtung im Schwab der Berglehne unter den Niffelspitzen, nähert sich der österreichischen Grenze auf ungefähr 400 Meter, um sich dann nach Osten zu wenden und in Höhe von ungefähr 1750 Meter ü. M. in den 2250 Mtr. langen, gradlinig nach Süden verlaufenden Hälentaltunnel einzutreten. Dieser unterfährt zunächst die kleine Niffelspitze, dann den Hälentaltunnel und den Zugspitzgrat und endigt (2220 Mtr. ü. M.) auf dem „Platt“, oberhalb des sogenannten weißen Tales. Nach Verlassen der hier vorgesehenen Station tritt die Bahn in den 2400 Mtr. langen Zugspitzgratunnel ein und erreicht nach dessen Durchquerung die Endstation Zugspitzgipfel. Die Bahn ist durchwegs meisterspizig gebaut. Für die Bahnanlagen kommt eine auch im Winterbetrieb bestens bewährte Bahnstange zur Verwendung. Der ganze Betrieb ist elektrisch. Die Strömungen betragen nicht über 25 Prozent und die in der eigentlichen Höhenregion liegende Strecke ist in Tunneln gelegt. Durch Anordnung von Auslichtungsgeräten in den Tunneln bieten sich dem Reisenden trotzdem Ausblicke in die Gebirgswelt. Auf dem „Platt“ werden Einrichtungen sowohl für Fahrgäste mit einfachen, wie mit verwöhnten Ansprüchen getroffen werden. (Anlage von Touristenhäusern, Hotels usw.) Dieses nach Norden, Osten und Westen geschützte Hochplateau von sehr großer Ausdehnung wird zweifellos nahezu ganzjährig als Winterportplatz benutzt werden können.

Die Eröffnung der Strecke bis Eibsee wird spätestens in einem Jahre nach Baubeginn möglich sein, diejenige der

Strecke bis zum „Platt“ nach etwa zwei Jahren; beide Strecken werden gleichzeitig in Angriff genommen, während der Bau der letzten Strecke vom Platt bis zum Zugspitzgipfel nach Fertigstellung der Bahn bis Platt begonnen wird. Nach Vollendung der ganzen Zugspitzbahn wird es ermöglicht sein, von München aus den Zugspitzgipfel in ungefähr 3 1/2 Stunden mit nur einem einmaligen Umsteigen in Garmisch-Partenkirchen zu erreichen. Mit dem Bau der Strecke Garmisch-Partenkirchen-Eibsee und Eibsee-Platt soll, wie uns mitgeteilt wird, bereits in diesem Frühjahr begonnen werden.

#### Ergebnis einer Strafexpedition.

**v. Berlin, 5. Febr.**  
Die Strafexpedition gegen den Häuptling Gabola von Sautu, in dessen Dorf am 12. Oktober Oberleutnant von Raven getötet und Bezirksrichter Seger verurteilt worden war, ist nach einer, sieben aus Kamerun eingegangenen Drahtmeldung des Gouverneurs nunmehr beendet. Der Häuptling ist, nachdem die Schutztruppe, unterstützt durch eine Abteilung der Polizeitruppe unter Hauptmann von Buskammer am 13. Dez. sein Hauptort eroberte, geflohen. Durch sofortige Aufnahme der Verfolgung ist es gelungen, die Nacht des unehelichen Häuptlings, dessen die französische Regierung nicht hatte Herr werden können, vollständig zu brechen. Die Räuber des Oberleutnants v. Raven sind geflohen. Alle Häuptlinge, die sich im Vertrauen auf die Macht des Häuptlings Gabola und ermutigt durch den Tod des Oberleutnants von Raven der Aufstandsbewegung angeschlossen hatten, haben um Frieden gebeten.

#### Wo das Geld steht.

**45 Millionen Mehrbeitrag aus Frankfurt.**  
Das versteuerbare Vermögen der Einwohnerschaft Frankfurts dürfte, laut Frh. Generalanzeiger, nach der Einschätzung zum Mehrbeitrag über drei Milliarden Mark betragen. Der mit der Einschätzung zur Wehrsteuer verbundene Generalparadon hat zur Folge gehabt, daß Vermögen in Höhe von etwa 300 Mill. Mark mehr angegeben worden sind, als dies bisher gebräuchlich ist. Die Wehrsteuer wird in Frankfurt annähernd 45 Mill. Mark einbringen.

**Berlin, 5. Febr.** Im preussischen Abgeordnetenhaus ist folgende Interpellation Dr. Borisch (J.) und Gen. eingebracht worden: Ist die kgl. Staatsregierung in der Lage, Auskunft über den Unfall zu geben, der am 4. Februar zwei Reichstagsabgeordnete auf dem Wege zum Reichstage durch Ueberfahren von einem Automobil zugefallen ist und welche Maßnahmen gedenkt die kgl. Staatsregierung zu ergreifen, um der zunehmenden Gefahr entgegenzuwirken, die durch den steigenden Verkehr, insbesondere durch Autos, für die Bevölkerung herbeigeführt wird?

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 5. Februar 1914.

Am Bundesratsitzung: Dr. Delbrück.  
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des  
Gesetzes des Reichsamts des Innern  
wird fortgesetzt (12. Tag), und zwar mit der Besprechung der Anträge betreffend

**Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.**  
Abg. Dr. Jund (Noll.): Der Ton der diesjährigen Reichsvereinsdebatte ist abgesehen von den Polen, ein wesentlich milderer gewesen, als früher. Wenn auch die Ausführung des Gesetzes durch die preussischen Behörden zu wünschen übrig läßt, so haben wir doch absolut keinen Anlaß, den Sprachaparagraphen aufzuheben. In der Markenpolitik wollen wir kein Zurückweichen. Wenn die Polen unter sich sind, müssen sie zugeben, daß das Reichsvereinsgesetz weit milder ist, als die etwaige preussische Vereinsgesetzgebung ausgefallen sein würde. Auch die Polen sollten einmütig dankbar und nicht immer undankbar sein. (Beifall bei den Polen.) Es ist nicht zu bestreiten, daß die Arbeiterturnvereine sozialdemokratisch sind, wenn es auch rein turnerisch genommen, keinen sozialdemokratischen Aufschwung gibt. (Beifall.) Wenn auch die freien Gewerkschaften

ebenfalls Tendenzen verfolgen, die mit der Sozialdemokratie an sich nichts zu tun haben, so kann man doch nicht leugnen, daß sie eine sozialdemokratische Organisation sind. Das haben Bebel und Bismarck klar ausgesprochen. Abgesehen von dem Ton, war aber auch das Gleis der Debatte ein anderes. Früher sprach man von Angriffen der Verwaltungsbehörden, heute werden der Justiz Vorwürfe gemacht. Ich gebe zu daß

im Falle Amundsen ein hoher Regierungsbeamter wie der Regierungspräsident sich darüber klar sein mußte, daß sich sein Verbot einem so großen Gelehrten gegenüber nicht aufrecht erhalten lasse. Ich bestreite keineswegs, daß Fehlgänge vorgekommen sind; diese sind aber nur in geringem Umfange erfolgt. Mißgriffe des Gerichts können wir beseitigen, dadurch daß wir eine gemeinsame höhere Instanz schaffen. Eine Änderung des Gesetzes tut nicht not. Die proletarische Jugendbewegung halten wir insofern für verfehlt, als sie in gar zu frühem Alter ihre Mitglieder in die Fragen der Politik einführen will. Es gibt so viel andere schöne Sachen zur Belehrung für die Jugend. Dabei gebe ich zu, daß wohl ein berechtigtes Interesse vorhanden ist, die Arbeiterkinder frühzeitig in wirtschaftspolitische Fragen einzuführen, als andere; aber immerhin

Dem Feind verzeihen und dennoch weiter gehen,  
Das heißt von einem schönen, edlen Gut,  
Das man verliert im rätlichen Edelmut,  
Das Feste heimlich wieder stehlen wollen.  
Frida Schanz.

### Durch eigene Kraft.

Von Otto Eiser.

Doch seine Sorgfalt erstreckte sich nur auf rein äußerliche Dinge. Denn er dachte nur in Ordnung fand, dann kümmerte er sich um den wichtigeren Teil der Wirtschaft nicht; den überließ er seinem Oberinspektor und dem Verwalter, die sich denn auch den Vorteil ihrer Stellungen wohl zu Nuzen zu machen verstanden.

Franz Martini, der mehrere Jahre nicht in Hammersau gewesen, war erstaunt über alles, was er sah. Der Gutshof war neu aufgebaut, aus dem alten Herrenhause war eine große, schloßähnliche Villa geworden, die von einem herrlichen Park umgeben war. Die innere Ausstattung des Hauses war nach modernem Geschmack reich eingerichtet — kurz, man sah, daß hier ein Reichtum herrschte, der mit den verkommenen Verhältnissen in Martinikensfelde in vollkommenem Gegensatz stand.

Das gab Franz denn doch zu denken. Sein schlauer Vater hatte wahrhaftig nicht unrecht mit seinem Plan; es lohnte sich schon, eine Zeitlang den braven Sohn zu sehen, um die Tochter des reichen Besitzers von Hammersau heimzuführen. Dabei war ja die Trude ein liebes, nettes, ausmüthiges Mädchen, nicht gerade eine Schönheit, aber auch nicht häßlich. Man würde mit ihr schon auskommen können. Franz nahm sich vor, gleich heute Abend seine Rolle des verliebten Jugendfreundes anzufangen.

Als Trude wieder eintrat, näherte Franz sich ihr, ein lächelndes Lächeln auf den Lippen.

„Ich bin erstaunt über die vielen Veränderungen, die hier stattgefunden haben, Fräulein Gertrud“, sagte er.

„Ja“, entgegnete sie, „Vater hat in den letzten Jahren viel gebaut.“

„Wo ist denn eigentlich mein alter Freund Herbert?“ fragte er. „Ich hoffte, ihn begrüßen zu können.“

Trude warf einen raschen erschreckten Blick nach der Seite ihres Vaters.

„Ersprechen Sie nicht von Herbert“, flüsterte sie. „Er ist nicht hier.“

„Ja, aber...?“  
„Er hat sich mit Vater überworfen.“  
„Ah? — Aber das kann doch so schlimm nicht sein?“  
versetzte Franz mit beschämter Teilnahme. „Ich habe mich mit meinem Alten schon oft gezankt.“  
„Herbert ist fort — Vater will ihn nicht wieder sehen.“  
„Unmöglich! Erzählen Sie mir doch.“  
„Nicht hier — nicht jetzt.“  
„Ich nehme den regsten Anteil an dem Schicksal Herberts... wir waren doch Spielgefährten in unserer Knabenzeit.“  
Sagen Sie mir nur...  
„Lassen Sie uns in den Garten gehen — dort will ich Ihnen alles erzählen. Vielleicht können Sie helfen.“  
„Ich habe ja niemanden, mit dem ich über Herbert sprechen könnte. Sie sind sein Freund, Sie werden ihm gewiß helfen.“  
„Was in meiner Nacht sieht, will ich gern tun, Fräulein Gertrud“, entgegnete Franz heuchlerisch. Er hatte mit großem Geschick die Stelle herausgefunden, von der aus er sich in das Vertrauen des arglosen und achtungsvollen Mädchens einschleichen konnte. Trude schaute sich nach einer vertrauten Aussprache, sie hoffte in Franz einen Freund gefunden zu haben, der ihrem armen Bruder von Nutzen sein konnte. Sie selbst vermochte ja so wenig zu tun. Selbst die Korrespondenz mit Herbert konnte sie nur mit der größten Vorsicht fortführen, da ihr Vater jetzt auch ihre Korrespondenz überwachte. Da erschien ihr Franz geradezu als Helfer in der Not.

„Im Garten sieht es allerdings schon sehr herrlich aus, aber ich werde Ihnen gern die neuen Anlagen zeigen.“  
Herr Martini,“ sagte sie so laut, daß ihr Vater sie hören mußte.

„Franz versicherte, es werde ihm eine große Freude machen, diese neuen Anlagen zu sehen; nachdem Herr Hammer seine Erlaubnis gegeben, gingen Franz und Trude in den Park.“

„Na, was sagst du zu meinem Jungen, Hammer?“  
fragte Martini mit schlauem Lächeln, nachdem die beiden jungen Leute das Zimmer verlassen hatten.

„Er scheint wenigstens kein Dudmäuser zu sein.“  
„Rein — er ist ein frischer, stammer Bursche — hat freilich etwas über die Stränge geschlagen auf der Universität, hat dafür aber auch das Seinige gelernt.“ Ein famozer Landwirt ist er.“

„Kannst du brauchen, Martini,“ brummte Hammer.

„Auf Martinikensfelde sieht's erbärmlich aus.“

„Ja, du weißt, ich bin kein Landwirt, und die Inspektoren...“  
„Die verfluchten Kerle muß man ordentlich unter Aufsicht halten!“  
„Dazu ist Franz der richtige Mann. Hättest ihn hören sollen, wie er den Wagner anschnauzte, als er in den Viehhall kam.“  
„Ich hab dir immer gesagt, Martini, daß du deinen Viehstand verbessern müßtest.“  
„Siehst du, das hatte Franz auch sofort erkannt. Ich mußte ihm zwitanzend Mark zur Aufbesserung des Viehstandes bewilligen.“  
„Da scheint der Franz allerdings mehr von Landwirtschaft zu verstehen als du, Martini.“  
„Ganz gewiß. Er soll jetzt auch die Wirtschaft führen.“  
„Um...“ mochte Hammer und schenkte die Mäler aus der Rotweinsflasche voll, wie wie gewöhnlich vor ihm auf dem Tische stand.

Eine Weile schwiegen beide und sahen den blauen Rauchwölkchen ihrer Zigaretten nach. Dann sagte Martini plötzlich:

„Wie weit bist du denn mit deinem Sohn Herbert?“  
Herr Hammer bekam einen roten Kopf.

„Wie kommst du darauf?“ sagte er aufstrebend. „Ich bekümmere mich nicht um ihn.“

„Na, ich glaube, du wollest ihn wieder zu dir nehmen.“  
„Niemals!“

„Ja, dann wird von deinem Plan, in die Stadt zu ziehen, auch nichts. Schade! Wenn ich meinem Franz die Wirtschaft übergebe, ziehe ich in die Stadt...“

„Was? Du willst mich verlassen?“

„Was soll ich denn noch in Martinikensfelde? Wenn Franz die Wirtschaft übernimmt, bin ich hier überflüssig. Wir hätten so gemütlich in der Stadt zusammen leben können; jeden Abend unsere Partie im Kasino — es leben da noch mehrere alte Freunde von uns, wie du weißt.“

„Ja — aber das geht doch nicht, daß du mich einfach hier sitzen läßt!“

„Ja, was soll ich machen? Franz möchte heiraten, da ist kein Platz für mich in Martinikensfelde. Was ich übrigens sagen wollte, wenn du dich mit deinem Sohne ausfinden willst, mußst du auch wohl seine Schulden bezahlen.“

„Den Teufel werde ich tun!“

Fortsetzung folgt.

ist es nicht erforderlich, sie vor dem 18. Lebensjahre mit diesen Dingen zu beschäftigen. Zugegeben werden muß, daß namentlich süddeutsche Behörden das Gesetz durchaus lokal angewendet haben. Im Falle des Polizeipräsidenten v. Jozow ist der Reichstag sicherlich nicht kompetent.

**Die Organisation der Schutzleute**  
wollte Eiferge Konjunktur Bestimmung, Förderung des Standesangehens, Ehrung der Jubilare und verstorbenen Kameraden und Hilfe für Witwen und Waisen bewirken. Politische und dienstliche Angelegenheiten sollten ausgeschlossen sein. Da ist die Stellungnahme des Polizeipräsidenten allerdings kaum zu verstehen. Es scheint fast, als ob er sich gegen die Koalition als solche wende, und das sollte nicht zulässig sein. Es wäre bedauerlich, wenn eine Feindschaft gegen den Gedanken der Koalition bei den Behörden sich festlegte. Die Koalitionsbewegung läßt sich nicht aufhalten. Das Vereinsgesetz als solches betrachten wir als eine große Errungenschaft und hoffen, daß es sich immer mehr und mehr einbürgert. Eine schändliche Auslegung schädigt die Autorität des Staates und sollte unterbleiben. Die Anträge lehnen wir ab. (Weisfall bei den Ratl.)

**Abg. Dr. Müller-Meinungen (Kortfchr. Vot.):** Die konservativen Redner sehen durchblicken, daß sie das Vereinsgesetz am liebsten aufheben würden, dabei machten sie einen frommen Augenschlag nach der Brina Abrechtsstraße hin. Wir freuen uns dagegen, daß wir damals das Gesetz gemacht haben und würden heute noch genau so handeln. (Zwischenrufe bei den Soz.) Die Sozialdemokraten geneigen doch auch die großen Vorteile des Gesetzes. Die Ausführungsbestimmungen sind gut, nur weisen leider einzelne Behörden der Einzelstaaten, namentlich Preußens, auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Hier müssen wir zur Beschränkung schreiben, wenn es sich zeigt, daß in der folgenden Auslegung des Gesetzes System liegt. Wir sind bereit, Änderungen des Gesetzes in freibleibendem Sinne mit zu beschließen, inwieweit solche durch

**missbräuchliche Auslegung des Gesetzes**  
durch Gerichte oder Verwaltung sich notwendig machen. Hierbei rechne ich den Mißbrauch mit der Polizeistunde (Sehr richtig! links), hierher rechne ich den Mißbrauch hinsichtlich der Publikation und die Schikane bei der Anmeldung, besonders auch den Mißbrauch des Disziplinarrechts und die missbräuchliche Hineinziehung von landesrechtlichen polizeilichen Bestimmungen. Dagegen erscheint uns eine Änderung des sogenannten

**Jugendlichenparagrafen**  
nicht notwendig. Die jugendlichen Leute mit 13, 14 Jahren dürfen nicht in die politischen und konfessionellen Kämpfe hineingezogen werden. Notwendig ist für sie eine gute Fortbildungsschule und eine turnerische, sportliche Erziehung. (Zustimmung links.) Das Zentrum und die Sozialdemokratie wollen Gist und Gegengift der Weltanschauung einander gegenüberlegen. Auf diese Weise wird die deutsche Jugend schließlich zum Verfallsanwender. (Sehr laut!) Wenn in die Jungdeutschlandbewegung auch eine politische Richtung hineingetragen würde, so wäre das genau so zu verurteilen, wie bei den übrigen Jugendorganisationen. Ein Skandal wäre es aber geradezu, wenn Jugendliche, wie hier behauptet wurde, als Späbel benutzt würden. Ein Vergleich zwischen der Absicht der

**Berliner Schutzleute,**  
sich zu einem nichtpolitischen Verein zusammenzuschließen, und den Londoner Polizisten, wie es der Herr Regierungsvertreter getan hat, läßt sich nicht ziehen. Die Londoner Polizisten wollten sich an die Gewerkschaften anschließen, um das Streikrecht zu erkämpfen. Die Berliner Schutzleute wollten dagegen einen harmlosen Verein gründen, der seinen Patriotismus gleich bei seiner ersten Sitzung bekundete: mit drei Durraus auf den deutschen Kaiser wurde die Sitzung eröffnet und mit drei Durraus auf den König von Preußen geschlossen. Mehr kann man doch nicht tun. (Große Heiterkeit.) Dem Sprachenparagrafen haben wir bei Beratung des Gesetzes zugestimmt, damit das Gesetz überhaupt zustande käme; wir halten uns aber nicht für alle Zeiten daran gebunden. Die praktische Bedeutung dieses Paragrafen ist für uns gleich Null. Praktischer als Befestigung dieses Paragrafen wäre eine klare authentische Auslegung des Textes des Gesetzes in dieser Frage; denn könnten wir zustimmen. Die Behauptung, daß der

**Vortrag Amundsens**  
in Helsingborg in norwegischer Sprache der politischen Agitation dienen sollte, ist irrig. Es handelte sich lediglich um eine Geschäftsfrage der Gesellschaft, die den Vortrag Amundsens in Helsingborg in die Wege leitete, da dort tausende von Dänen wohnen. Von der Plamagade des dortigen Regierungspräsidenten, dessen Verbot erst durch den preussischen Minister oder womöglichst eine noch höherstehende Person rückgängig gemacht werden mußte, will ich gar nicht reden. § 12 des Vereinsgesetzes spricht vom Verbot fremdsprachiger Verhandlungen, also einer gegenseitigen Ausdrucksweise, nicht aber eines einseitigen fremdsprachigen Vortrags. Die Auslegung des Sprachenparagrafen führt schließlich zum Verbot von Theater- und Konzertaufführungen. So soll man dem Direktor des Rettungswesens in Kopenhagen einen Vortrag in dänischer Sprache über die Fliegenplage und ihre Bekämpfung in Nordschleswig verbieten haben. (Heiterkeit.) Das Verbot im Falle Amundsens wird mit angeblichen Unruhen und Agitationen anlässlich eines Konzertes des Sängers Wilhelm Gerold in Verbindung gebracht. Er sang italienische, französische und dänische Lieder, die von Krieg und Liebe handeln. (Heiterkeit.) Eine

**Radelstichpolitik**  
ist eine politische Torheit und misskreditiert unser Ansehen im Auslande. Daß das Gesetz an sich gut ist, beweist, daß aus ganz Süddeutschland keine einzige wesentliche Klage gekommen ist. Im bayerischen Landtage, wo früher ständig Klagen laut wurden, sind diese Debatten verunmumt. Es liegt lediglich an der schlimmen Auslegung des Gesetzes in Osterreich. Wir sind bereit, mitzuarbeiten, damit die

**russischen Verwaltungsmagimen,**  
die sich durch die missbräuchliche Auslegung des Vereinsgesetzes kundtun, vom deutschen Grund und Boden verdrängen. (Weisfall bei der Fortfchr. Vot.)

**Abg. Dellor (Hl.):** Wenn es möglich ist, daß in unseren Kolonien die Eingeborenen in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, dann sollte dies doch auch bei uns erlaubt sein. Wir haben besonderen Anlaß zum Mißtrauen, weil die elsaß-lothringische Regierung auf Drängen von Berlin aus eine Vorlage gemacht hat, durch die uns das Vereinsrecht und die Pressefreiheit beschneitten wurde. Die Grenzbevölkerung versteht nicht so viel deutsch, um einen politischen Vortrag folgen zu können, jeder Gendarm nimmt sich, will er sich verständlich machen, französisch mit diesen Grenzbevölkern unterhalten. Dabei sind die Leute durchaus loyal. In Sabern war der ostgenannte Redakteur ein Alt-Deutscher, der kein Wort Französisch versteht. Die Vereinfachung der Jugendlichen an der Politik ist eine dringende Forderung. Politik ist nicht Gezan, sondern edle Bürgerfunde, und Bürgerfunde ist Gegenstand

des Fortbildungsschulunterrichts. Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern ist, wo das Recht auch über dieses Gesetz liegt. (Weisfall bei den Klaffern.)

**Abg. Hansen (Däne):** Ich bitte Sie, die Resolutionen in allen ihren Teilen anzunehmen. Leider haben sich die Beschwerden über die

**Handhabung des Vereinsgesetzes in Nordschleswig**  
sehr gehäuft. In einem Kirchenkonzert durften altdänische Kirchenlieder nicht vorgetragen werden, ein Missionsfest wurde verboten und selbst ein dänischer Vortrag über die Fliegenplage (Heiterkeit) wurde untersagt. Alles dies zeigt, daß es nicht vereinzelte Erscheinungen sind, sondern daß es sich um ein konsequent durchgeführtes System handelt. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch das Verbot gegen Roald Amundsen zu beurteilen. Dieser Fall dürfte auch weiten Kreisen des deutschen Volkes die Augen geöffnet haben. Daß eine dänische Seeräuberbande beabsichtigt sei, glaubt kein Mensch, es handelte sich für die Konzertagentur lediglich darum, die Einnahmen zu erhöhen. Die Behauptung, daß das Konzert des dänischen Sängers Gerold Anlaß zu deutschfeindlichen Kundgebungen gegeben habe, ist eine bezweigte Unwahrheit. Gerold hat lediglich alte dänische Lieder aus dem 12. Jahrhundert vorgetragen. Der Sprachenparagraf fördert nur Daß und Unwillen, schadet den Deutschen im Auslande und nützt den Germanisierungsversuchen nicht. Es ist unzulässig, daß die Polizeibehörden sich in geschlossene Versammlungen eindrängen, angeblich um zu konstatieren, ob Jugendliche an der Versammlung teilnehmen. Es ist deshalb wünschenswert, daß das Verbot der Teilnahme Jugendlicher an politischen Vereinen und Versammlungen beseitigt wird. Ich bitte Sie, den Resolutionen möglichst einmütig zuzustimmen.

**Abg. Landsberg (Soz.):** Zwei Punkte des Vereinsgesetzes bedürfen vor allem dringend der Abänderung: der Sprachenparagraf und die Bestimmungen über Jugendliche. Jeder soll seine Muttersprache lieben, aber die Muttersprache anderer achten. Der Sprachenparagraf ist nicht aus nationalen Gründen in das Vereinsgesetz gekommen, sondern im Interesse der westfälischen Großindustriellen, die nicht wollten, daß man an die unglücklichen, fremdländischen, schlecht bezahlten und kein Wort Deutsch verstehenden Arbeiter herankommen könne, um sie aufzuklären. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dieser Paragraf muß beseitigt werden. Es mag ja die Ansicht richtig sein, daß man die Jugendlichen nicht so frühzeitig mit Politik beschäftigen soll; auf jeden Fall aber ist es falsch, Jugendliche dafür zu bestrafen, daß sie sich mit Politik beschäftigen. Die militärischen Übungen, wie sie beim Jungdeutschlandbunde gepflegt werden, sind meiner Ansicht nach ein Unfug. In unseren Jugendvereinen soll der proletarische Geist gepflegt werden (Hurra rechts: Na also!) jener Geist, der erkennt, daß der einzelne aus sich nichts vermag, sondern nur durch Zusammenschluß mit Seinesgleichen stark ist. Wir müssen verlangen, daß die Landespolizeibehörden bei der Ausführung des Vereinsgesetzes nur so weit mitzureden haben, als es im Vereinsgesetz selbst festgesetzt ist. Die Polizei soll Dienerin des Rechts sein und strafbare Handlungen sühnen, statt dessen verfolgt die Gesinnungen. Dies ist aber nur in Deutschland möglich. Unsere Anträge sind keine Demonstrationen, sie sind uns bitter ernst. (Weisfall bei den Soz.)

**Abg. Groeber (Ztr.):** Das Vereinsgesetz hat zwar eine Vereinfachung des Rechts gebracht, aber besser als die alten einzelnen Gesetze ist es nicht. Es bedeutet in zwei Punkten einen bedeutenden Rückschritt. Das alte preussische Vereinsrecht konnte keinen Sprachenparagrafen, auch bezog sich das Jugendverbot nur auf Lehrlinge und Schüler. Abg. Müller-Meinungen hat zwar gesagt, er freue sich über das Vereinsgesetz, tatsächlich aber hat er blutige Tränen gemeint. (Heiterkeit.) Wenn gesagt wird, die Beschwerden gegen die Polizeibehörden hätten abgenommen, und nur die Beschwerden über die Rechtsprechung hätten zugenommen, so muß man doch bedenken, daß die Gerichte erst aufgrund von Beschwerden über Maßnahmen der Polizei angerufen werden. Damit ist die Notwendigkeit zur Revision des Vereinsgesetzes gegeben, das ist besser als die Schaffung eines obersten zuständigen Gerichtshofes. Die Rechtsunsicherheit hat erheblich zugenommen. Unzweifelhaft kann das Vereinsrecht nicht unbedingt auf die Beamten angewendet werden. Die Haltung der Berliner Schutzmannschaft war vollkommen loyal, trotzdem hat man diesen Beamten von vornherein die Koalition unmöglich gemacht, ohne daß sie die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Statuten auszuüben. Tatsächlich bestehen dennoch erlaubte Schutzmannvereine in Berlin. Das Verbot ist unhaltbar, die Behörden sollten froh sein, wenn sich solide Elemente ihrer Beamten zu kameradschaftlichen Vereinen zusammenschließen. Wenn man den Jugendlichen die notwendige Belehrung in wirtschafts-politischen Fragen vorenthalten will, so sollte man sich schämen. Daß von manchen Seiten dieses Hauses die Zulassung der Jugendlichen zu politischen Vereinen und Versammlungen abgelehnt wird, ist kein Wunder: Die Väter des Vereinsgesetzes wollen ihr Kind nicht verleugnen. Sie vergessen dabei, daß das Kind älter, aber auch häßlicher geworden ist. (Große Heiterkeit.) Vorbeeren haben wir mit dem Vereinsgesetz nicht geerntet. Man hat fremde Völker, zum Teil mit Gewalt, aufgenommen in Deutschland, da darf man ihnen nicht das Naturrecht des Gebrauchs der Muttersprache nehmen. Gerade aus dem Germanisationszwang wird der Widerspruch wach. (Sehr richtig!) Es handelt sich hier um ein preussisches Ausnahmengesetz, für das die Liberalen verantwortlich sind und dieben. Eine authentische Interpretation genügt nicht, das Unrecht muß völlig beseitigt werden. (Weisfall im Zentrum.)

**Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald:** Hauptzweck bei Schaffung des Vereinsgesetzes war die Vereinfachung der einzelstaatlichen Vereinsgesetze. Daß einzelne Behörden auf die Bestimmungen des Gesetzes verweisen, muß ich zurückweisen, das würde bedeuten, daß diese Stellen bewußt rechtswidrig handeln. Das ist nicht der Fall, wenn auch einzelne Mißgriffe vorgekommen sein mögen. „Verhandlung“ und „Vortrag“ sind identisch, auch ein Kongreß kann ohne Diskussion verlaufen, dabei bleibt er doch eine Verhandlung. Der Jungdeutschlandbund treibt keine Politik. (Widerspruch bei den Soz.) Es ist keine Politik, junge Leute zu nationaler Gesinnung zu erziehen. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz., Kärm, Unruhe und Bloße des Präsidenten.) Das ist kein Parteiprogramm, sondern es sollen deutsche Jungen in deutschem Sinne erzogen werden. (Lebhafter Weisfall rechts; Widerspruch und Kärm bei den Soz.) In einer Nummer des „Vorwärts“ wird direkt über eine Versammlung eines Arbeiter-Gesangsvereins des 4. Berliner Reichstagswahlkreises berichtet. Es wird darin sehr scharfe Kritik geübt und hervorgehoben, daß in dem Verein der Parteistandpunkt nicht so zum Ausdruck kommt, und zwar deshalb, weil einzelne Mitglieder auch anderen als Arbeitergesangsvereinen angehörten, die nicht auf dem sozialdemokratischen Programm ständen. (Widerspruch bei den Soz.) In den Ver-

sammlungen des Jungdeutschlandbundes ist dagegen nie von einer bestimmten politischen Partei die Rede. (Widerspruch links.) Herr Landsberg hat sich auch ziemlich hart dagegen gewandt, daß der Jungdeutschlandbund die Jungen militärisch uniformiert und Krieg spielt. Ich nehme an, daß wir alle als Jungen auch gern Krieg gespielt haben. Das liegt nun einmal einem jeden Deutschen im Blute. Der Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten steht nicht im Widerspruch zu den Erklärungen der Regierung. Die Schutzmannschaft ist militärisch organisiert und hat das Recht des Waffengebrauchs, deshalb ist nicht zu verkennen, daß in diesem Falle besondere Verhältnisse vorliegen, sonst müßte man auch den Gendarmen und dem Militär das Koalitionsrecht geben. (Weisfall rechts.)

**Abg. v. Trampeznski (Vole):** Es erfordert das Gefühl des Reichsanwalters, daß er dafür sorgt, daß das Vereinsgesetz so ausgeführt wird, wie er verprochen hat. Offizien sollen danach nicht vorkommen. Nach dem Vorgehen des Grafen Schwerin aber muß man den Beamten jede Niedertracht zutrauen. (Bloße. — Vizepräsident Dr. Kaasch ruff den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Wir protestieren dagegen, daß Versammlungen politischer wirtschaftlicher Vereine als öffentliche Versammlungen betrachtet und dementsprechend seitens der Polizei überwacht werden. Bezüglich des Gebrauchs der polnischen Sprache bei Versammlungen war das alte preussische Vereinsrecht viel günstiger für uns als das jetzige Vereinsgesetz. Hier ist eine Änderung dringend nötig.

**Abg. v. Meding (Vole):** Das Vereinsgesetz ist durchaus gut. Aber auch wir leiden unter seiner Auslegung durch untere Organe. Insbesondere wird die Bestimmung über die Polizeistunde gegen alle politischen Parteien in unrichtiger Weise ausgelegt. Eine freibleibendere Handhabung des Vereinsgesetzes wäre angezeigt.

**Abg. Fürst Radziwill (Vole):** Nichts spricht mehr gegen das Vereinsgesetz und speziell gegen den Sprachenparagrafen als die Ausführungen des Regierungsvertreters. (Sehr richtig!) Auch von Gesetzen gilt das Wort: An ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen, und die Früchte sind, daß sich unholdbare und geradezu haarsträubende Zustände in vielen Gegenden des Reichs herausgestellt haben. In aller nächster Zeit haben wir ein Nahrungsmittel-Zubehörs zu feiern, nämlich das der Wiener Akte, in der die Teilung Polens vorgenommen wurde. Damals kamen die Monarchen dahin überein, den Polen vor allem die Muttersprache zu erhalten. Darüber hinaus aber sollten auch internationale Gemeinschaften in ökonomischer Beziehung zugelassen werden. Es ist ein besänftigendes Gefühl, daß jetzt nach 100 Jahren im Deutschen Reichstag nicht mehr ein Verständnis für dasjenige besteht, was die Monarchen damals als richtig und gerecht anerkannt haben. Stimmen Sie unserer Resolution zu in dem Bewußtsein, daß Sie nicht nur unseren Interessen als nationaler Minderheit, sondern auch dem Ansehen des Deutschen Reiches im In- und Auslande, soweit die Kultur reicht, gerecht werden und damit dem Reiche einen Dienst leisten. (Lebhafter Weisfall.)

**Staatssekretär Dr. Delbrück:** Abg. v. Trampeznski hat gesagt, ich hätte mich an der Debatte nicht beteiligt, und diese Enthaltensweise gereiche mir zur Ehre, da die Sache eine schlechte sei. (Sehr gut!) Zur Vermeidung von Mißverständnissen stelle ich fest, daß die Ausführungen des Ministerdirektors Dr. Lewald mit mir verabredet sind und meine volle Zustimmung finden. (Abg. Ledebour: Nie daran gewöhnt! Heiterkeit.) Die Debatte über mein Resort hat beratende Dimensionen angenommen, daß es mir nicht möglich ist, um nicht meine sonstigen Amtspflichten zu vernachlässigen, mich ausschließlich an den Debatten im Hause zu beteiligen. (Bravo! rechts.)

Nach weiteren, mehr persönlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Dr. Müller-Meinungen und dem Abg. Kröber (Ztr.) schließt die Debatte.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolutionen erfolgt morgen.

Der Präsident teilt mit, daß Abg. von Halem (Npt.) sein Mandat niedergelegt hat.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Wahlprüfungen, Fortsetzung der Staatsberatung.

Schluß 6¼ Uhr.

## Ausland.

**Verfaßtes, 5. Febr.** Der Flieger Keali, der heute um Mittag auf einem Doppeldecker über den Flugplatz Wilhelmsplatz Flugversuche machte, ist aus einer Höhe von 200 Metern abgestürzt. Die Leiche des Fliegers war größtenteils verkrümelt.

**Wien, 5. Febr.** Die Erben des Großindustriellen Wittgenstein haben der Oesterreichischen Kreditgesellschaft 600.000 Kronen überwiesen. Die Grundfestelegung für das Kreditinstitut in Wien ist daher unmittelbar bevorstehend.

**Rom, 5. Febr.** Wie die „Ag. Stef.“ aus Turazzo erfährt, bestreitet es sich, daß Essad Pascha von der internationalen Kontrollkommission den offiziellen Auftrag erhalten hat, die Führung der albanischen Delegation zu übernehmen, die nach Deutschland reisen wird, um dem Prinzen zu Wien die Krone von Albanien anzubieten. Essad Pascha wird am 12. Februar abreisen.

## Württemberg.

### Württembergischer Landtag.

#### Zweite Kammer.

Stuttgart, 5. Februar.

Die Abgeordnetenkammer erledigte heute zunächst den Gesetzentwurf zur zeitlichen Versetzung von Beamten der Kunstgewerbeschule in den Ruhestand und den Nachtragetat hierzu. Vizepräsident v. Kiene (Z.) beantragte beide Vorlagen an den Finanzausschuß zu verweisen. Es handelte sich um die Luiseizierung zweier Hauptlehrer.

**Abg. Kembold-Kalen (Z.)** verlangt eine Prüfung, ob wirklich die Pensionierung deshalb erfolgen müsse, weil Lehrer nach der Ansicht leitender Kreise nicht mehr in die Leistungen und Hoffnungen des Instituts hineinpassen. Zu einer einstündigen Rede hält der Redner eine Vorlesung über die Kunstgewerbeschule und die Entwicklung der Kunst überhaupt.

**Abg. Haukemann (Sp.):** Die Luiseizierung der beiden Lehrer ist eine Folge der Vereinigung von Kunstgewerbeschule und Lehr- und Versuchswerkstätten, die ja eine Vereinfachung bringen sollte. An sich wäre eine Kommissionsberatung nicht notwendig. Er könne es sich versagen, auf die Ausführungen des Vorredners über Kunst einzugehen.

**Abg. Römer (Zk.)** greift die Vorlage an. Er möchte



die Frage aufwerfen, ob man nicht statt an Lehrkräften an den Kräfte sparen könne, die solche Vorlagen ausarbeiten. (Unruhe).

Nachdem der Präsident diese Bemerkung gerügt hatte, erklärte der Kultusminister, daß die beiden Lehrkräfte gepart werden können. Es sei sogar nicht ausgeschlossen, daß noch mehr Hauptlehrstellen überflüssig wären.

Abg. Hausmann (Sp.) begrüßt die Neubildung, die aus der Neugestaltung der Kunstgewerbeschule zu erwarten sei. Die Leitung mache einen frischen und energischen Eindruck. Das Verdienst des Landtages sei, die Anregung zur Vereinigung gegeben zu haben. Besonders der kürzlich verstorbene Carlos Grethe habe an der rationellen Ausgestaltung der Kunstanstalten mitgearbeitet. An seinem Namen dürfe die Debatte nicht vorübergehen. Im Landtage solle man sich nicht über Stilfragen unterhalten. Ein Parlament könne sich nur lächerlich machen, wenn es sich für eine bestimmte Stilform einsetze.

Abg. Dieber (Df.) gibt gleichfalls der Genugtuung über die Vereinigung der beiden Anstalten Ausdruck.

Man kommt zu dem Antrag Heymann (S.) betr. Vermittelfreiheit. Der Ausschuss hat mit 12 gegen 3 Stimmen den Antrag des Berichterstatters Heymann abgelehnt, die Regierung zu ersuchen, den Gemeinden, die die unentgeltliche Abgabe von Vermitteln an Volksschüler durchgeführt haben, im Bedarfsfalle durch Bewährung von Beiträgen die Aufrechterhaltung der geschaffenen Einrichtung zu ermöglichen.

v. Gaus (Sp.) betont, daß es sich nicht um die grundsätzliche Frage der Einführung der Vermittelfreiheit handle. In der Fraktion des Redners ist man sich über die Frage, ob die Vermittelfreiheit erwünscht sei, nicht einig. Darum handle es sich aber nicht. Eine gewisse Unterstützung der Gemeinden im Schulbetrieb sei nicht zu umgehen. Die Vermittelfreiheit aber stehe nur in losem Zusammenhang mit dem Schulbetrieb. Seine Fraktion ist einstimmig der Meinung, daß dem Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des Antrags Heymann stattzugeben sei.

Wolf (Df.): Es sei zweifellos, daß diejenigen, welche nicht für die Vermittelfreiheit zu haben sind, dem Antrag des Berichterstatters nicht zustimmen können. Der vorliegende Antrag sei vom pädagogischen Standpunkt aus von zweifelhaftem Wert.

Andre (B.) bringt einen Amendementsantrag zum Antrag des Berichterstatters ein, daß die unterliegenden Gemeinden die Vermittelfreiheit mit Genehmigung der Staatsregierung eingeführt haben müssen und einführen müssen.

Dieber (Df.) bezeichnet den Antrag Andre als einen Eingriff in die Selbstverwaltung. Die Vermittelfreiheit sei wünschenswert, es frage sich aber, ob der Staat eine Verpflichtung zu ihrer Ermöglichung habe.

Vizepräsident v. Riene teilt mit, daß der Berichterstatter seinen Antrag wieder aufgenommen hat.

Späth-Wiberach (B.) erklärt, daß seine Fraktion dem Antragsantrag zustimmen werde.

Nachdem noch der Kultusminister von Habermaas ausgesprochen hatte, daß in dem Antrag des Abg. Heymann ein berechtigter Kern stecke, daß das, was er wolle, jedoch bereits nach Ziffer 5 der Grundsätze über die Bewertung von Staatsgebühren durchgeführt werden kann und der Abg. Löchner sich als Freund der Vermittelfreiheit bekannt, ohne jedoch dem Antrag in seiner jetzigen Form zuzustimmen, wurde der Antrag des Ausschusses unter Ablehnung des Antrags Heymann gegen die Stimmen der Sozialdemokratie sowie der Zentrumsabgeordneten Andre, Groß und Herbst angenommen.

Hier wurde abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung.

### Anfrage wegen des Massenmörders Wagner.

Der Abgeordnete Dr. Eisele (Sp.) hat bezüglich der Behandlung des Massenmörders Wagner folgende kleine Anfrage an den Justizminister gerichtet:

„Die von der Strafkammer des Kgl. Landgerichts Heilbronn am 3. Februar 1914 beschlossene Aufrechterhaltung des Massenmörders Wagner aus Gerdolch hat im Bezirk Balingen, insbesondere in der Gemeinde Mühlhausen a. E. eine lebhafteste Beunruhigung in der Richtung hervorgerufen, daß infolge einer möglicherweise eintretenden Besserung des Geisteszustandes Wagners dessen Entlassung aus der Irrenanstalt und damit eine abermalige Bedrohung Mühlhausens künftig in Frage kommen könnte. In der Herr Staatsminister der Justiz bereit, diese Beunruhigung durch amtliche Veröffentlichung der in Betracht kommenden Teile der psychiatrischen Gutachten zu zerstreuen. Ich begrüße mich mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage.“

### Erste allgemeine Landesversammlung der Handwerkerinnen Württembergs.

Zum Zwecke der Stellungnahme zu der von der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel geplanten einheitlichen Regelung des Prätentionswesens für das Frauenhandwerk hat der nahezu 400 Mitglieder zählende Bund württ. Handwerksmeisterinnen, der in fast allen größeren Städten und Bezirken des Landes Zweigvereine besitzt, die erste allgemeine Versammlung selbständiger Handwerkerinnen Württembergs, die sich entweder durch ihre Mitgliedskarte, oder tags 1/3 Uhr in die Viederhalle nach Stuttgart einberufen. Die erste Bundesvorsitzende, Frau Frida Grau, wird über den Verlauf der amtlichen Konferenz in der Kgl. Zentralfelle, über die dort gemachten Vorschläge, sowie über die in Zusammenhang aus den Reihen der organisierten Handwerkerinnen des Landes gestellten Änderungs- und Ergänzungsanträge Bericht erstatten. Weitere Wünsche und Anträge der selbständigen Handwerkerinnen können noch in dieser Versammlung vorgebracht werden. Alsdann wird eine Eingabe des Bundes an die zuständige Behörde in dieser wichtigen Angelegenheit eingereicht werden. Auch über die Lehrlingsfrage (Lohn, Taschengeld etc.) sowie über sonstige dringende Ständes- und Berufsangelegenheiten (Krankheitsfürsorge etc.) ist eine allgemeine Aussprache und Beschlußfassung dringend notwendig. Zutritt zu dieser Versammlung haben nur selbständige Damen Schneiderinnen, Kleidernäherinnen, Schuhmacherinnen, Weißnäherinnen und Strickerinnen aus Stuttgart und Württemberg, die sich entweder durch ihre Mitgliedskarte, oder durch die besondere Einladung oder durch den Gewerbesteuerbesitz 1913/14 am Saaleingang ausweisen können. Wegen der zu feststehenden Beschlüsse ist zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht.

### Vom Gebäudebrandversicherungs-gesetz.

Vom Städtetag ist an den Landtag eine Eingabe zum Entwurf eines Gebäudebrandversicherungs-gesetzes gemacht worden. Df. v. Wagner-Um trat in der Sitzung der bürgerlichen Kollegien von Um die hauptsächlichsten Punkte der Eingabe vor. Er betonte, daß dem wiederholt ausgesprochenen Wunsch auf Abschaffung der Versicherungsgesetz-

träge nach Ortsgefahrenklassen im Entwurf nicht Rechnung getragen sei. Dann sei im Entwurf auch kein nennenswerter Unterschied nach der Beschaffenheit der versicherten Gebäude gemacht, wodurch die Gebäude der Städte mehr bezahlten müßten als die auf dem Lande. Angezeigt sei auch eine Ausdehnung des Versicherungszwanges auf im Bau begriffene Gebäude und eine Ermäßigung der Tarife von 0,8 auf das 0,75fache.

In der Ersten Kammer, wo das erwähnte Gesetz beraten wurde, haben diese Fragen in der Debatte alle eine Rolle gespielt. Die Ausdehnung der Versicherung auf Neubauten ist von der Ersten Kammer beschlossen worden; die Benachteiligung der Städte aber gegenüber dem Lande blieb bestehen. Die Abkufung der Versicherungsbeiträge nach Gefahrenklassen wurde zwar vom Berichterstatter v. Bischof, dem früheren Staatsminister des Innern, als notwendig bezeichnet, der jetzige Minister v. Fleischhauer aber erhob Widerspruch, und da die Mehrheit der Ersten Kammer von der Einräumung des den Städten mit ihren modernen Feuerlöscheinrichtungen zweifellos zustehenden Rechts nichts wissen wollte, unterließ sie die Stellung dahingehender Anträge. In der Zweiten Kammer wird diese Frage noch eine größere Rolle spielen.

### Die neuen Zivilkammern.

Je eine zweite Zivilkammer wird einer Mättermeldung zufolge bei den Landgerichten Heilbronn, Ravensburg, Rottweil und Tübingen errichtet werden.

Stuttgart, 6. Febr. Bei der zweitägigen Ziehung der Geldlotterie zu Gunsten des Lindenmuseums fielen die Hauptgewinne auf folgende Nummern: 50 000 M auf 71 200, 15 000 M auf 33 859, 5000 M auf 88 417 und je 1000 M auf 26 350, 57 665. (Ohne Gewähr).

Stuttgart, 6. Febr. Spielplan der K. Hoftheater: Großes Haus: Sonntag 8. Febr. nachm. (Einheitspreise): Nathan der Weise (2 1/2), abends: 1. Gastspiel des russischen Ballets (7), Montag 9. Febr.: 2. Gastspiel des russischen Ballets (8), Dienstag 10. Febr.: Gastspiel Forsell: Der fliegende Holländer (8), Mittwoch 11. Febr.: Nathan der Weise (8), Donnerstag 12. Febr.: In der Viederhalle: 7. Abonnementskonzert, Freitag 13. Febr.: Das Wintermärchen (8), Samstag 14. Febr.: Martha (8), Sonntag: Tosca (7), Kleines Haus: 8. Febr.: Journalisten (7), 9. Febr.: Mendling-Quartett (8), 10. Febr.: Cäsar und Cleopatra (8), 11. Febr.: Alt-Bien (8), 12. Febr.: Das Konzert (8), 13. Febr.: Don Juan (7 1/2), 14. Febr.: Einmal Gastspiel: Pyrette Guibert (8), 15. Febr.: Waffengang (7), 16. Febr.: Professor Bernardi (8).

Leonberg, 5. Febr. In Wönsheim sind als erste Frühlingsboten die Staren angekommen. Wenn sie nur nicht kalte Flüsse kriegen!

Geislingen a. St., 5. Febr. Der Gemeinderat hat sich der Eingabe des Städtetags an die Landstände angeschlossen, wonach die Regelung des Submissionswesens nicht durch gesetzliche Vorschriften erfolgen soll.

## Nah und Fern.

### Sechs Opfer eines Familiendramas.

In Gießen ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag ein schreckliches Familiendrama. Der 37jährige Kutcher Lehmann, der seit einiger Zeit mit seiner Frau in Streit lebt, ermordete diese und seine vier Kinder, indem er ihnen mit einem Beil den Schädel einschlug und nachher die Kehle durchschnitt. Dann warf sich der Mann vor einen Eisenbahnzug, der ihm beide Beine abfuhr. Donnerstag morgen ist er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

### Ein gefährliches Handwerk.

Aus Nairobi in Ostafrika wird berichtet: Zu dem tödlichen Unfall des Deutschen Fr. Schindler gelegentlich einer kinematographischen Aufnahme werden folgende Einzelheiten gemeldet: Schindler befand sich mit der Expedition Rainey in der Nähe des Raiwasha-Sees, um eine Aufnahme von einem Löwen zu machen, der sich, von Hundstaken gestört, in einem Busch verkrochen hatte. Schindler ritt nun, um den Löwen auf die Camera zu treiben, hinter den Busch. Plötzlich bemerkte Rainey, wie der Löwe mit gespihten Ohren den Kopf wandte, und ließ einen Warnungsruf aus. Gleich darauf fielen Schüsse. Der Löwe, der verwundet war, stürzte auf Rainey zu, machte dann kehrt und verfolgte die flüchtenden Eingeborenen, die an der Expedition beteiligt waren. Durch einen wohlgezielten Schuss erlegte ihn Rainey. Dann drang er in den Busch ein und fand dort Schindler mit schweren Wunden am Unterleib, aber bei Bewußtsein vor. Nachdem ihm die erste Hilfe zu Teil geworden war, wurde der Verletzte im Sonderzug nach Nairobi gebracht, wo seine Verletzungen als tödlich erkannt wurden. Eine hinzutretende Blutvergiftung machte dem Leben Schindlers, der bis zum letzten Augenblick mutig aushielt, ein schmerzloses Ende.

### Kleine Nachrichten.

Bei Langenbrand im Murgtal stürzten zwei 18jähr. Mädchen in einen Kanal. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Im Pfiffhof bei Jagsthausen ist eine große Scheune samt Stallung von Reichert niedergebrannt. Als Brandursache wird Kurzschluß vermutet.

Aus Martigny wird berichtet: Am Mittwoch abend verunglückte auf einer Skifour ein deutscher Tourist mit seiner Frau. Sie hatten sich bei einbrechender Dunkelheit auf der Fahrt von Argentieres nach Trient über den Col de Balme verirrt und stürzten über einen Abhang in ein Couloir. Die Frau kam unverletzt davon, während der Mann einen Schädelbruch erlitt und tot aufgefunden wurde. Die Leiche wurde geborgen.

## Gerichtssaal.

### Schwurgericht Heilbronn.

Heilbronn, 5. Februar.

K. Wegen Totschlags hatte sich zu verantworten der 44 Jahre alte verheiratete Bauer Wilhelm Friedrich Scholl von Bilsenbach, Gem. Schmidhausen Oa. Rarbach, wohnhaft in Seemühle, Gem. Wönsstein Oa. Weinsberg. Der Angeklagte gibt an, daß er am 11./12. Dezember 1913 aus der „Linde“ in Wönsstein mit dem Bauern Köhne und seiner Frau nach Danje ging. Köhne, ein gewalttätiger, händeltüchtiger Mensch, der den Scholl schon in der Wirtshaus gehänselt hatte, setzte seine Stiefelchen auf dem Weg fort. Plötzlich drohte Köhne, er werde Scholl sein Messer in den Leib stoßen und fragte, ob er das Messer sehe. Scholl

saß nichts, Köhne ging aber auf ihn zu und wurde von seiner Frau zurückgehalten. Scholl gab hierauf einen Schreckschuss auf den Boden ab. Köhne blieb Scholl auch nachher auf den Fersen, und schließlich kam es bei der Seemühle zur Katastrophe. Köhne sei wieder auf Scholl eingedrungen, habe wieder gedroht, er steche ihm das Messer in den Leib und werfe ihn die Böschung hinunter. Zugleich packte Köhne den Stod des Scholl und ging mit erhobenem Messer auf ihn zu. Darauf gab letzterer zwei Schüsse ab, er will aber nicht gezielt, sondern an Köhne vorbeigeschossen haben. Inbessentraj ein Schuß, Köhne sank zu Boden und war kurz darauf tot. Während dies sich abspielte, waren Frau und Sohn des Angeklagten aus dem Hause getreten und hatten vergebens die Streitenden zu trennen gesucht. — Nach der Tat ging Scholl ins Haus, kam aber gleich wieder zurück und äußerte zu Frau Köhne, diesen Ausgang habe er nicht gewollt. Der Angeklagte gibt noch an, daß er den Revolver deshalb bei sich hatte, weil es in der Gegend in letzter Zeit unsicher gewesen sei. Aus den Akten wird auch festgestellt, daß Köhne wegen Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung verurteilt war.

Die Witwe des Getöteten, Karoline Köhne, gibt eine wesentlich andere Schilderung des Sachverhaltes. Sie will von Drohungen ihres Mannes nichts gehört haben. Auch sei er nicht mit dem Messer auf Scholl losgegangen, habe dieses überhaupt nicht in der Hand gehabt. Der Sohn des Angeklagten, Emil Scholl hat gehört, wie Köhne seinem Vater mit dem Niederstechen drohte. Letzterer habe den ersten Schuß auf den Boden, den zweiten höher gerichtet. Die Frau des Angeklagten, Luise Scholl, hat ebenfalls die Drohung des Köhne gehört und schildert den Vorgang an der Seemühle im übrigen ähnlich wie ihr Mann. Gottlieb Hauf hörte den Streit, ging auf die Straße und fand Köhne tot vor. Sein Messer lag geschlossen auf der Zuppe. Dem Köhne stellte er ein sehr schlechtes Zeugnis aus, er sei gefährlich gewesen. Friedrich Hauf, der Vater des Vorigen, Müller zur Seemühle, hat den Scholl, aber nicht den Köhne zusehen hören. Er hörte auch, wie Scholl sein Bedauern über den Erfolg des Schusses aussprach. Köhne habe seine Angehörigen vielfach mißhandelt und als gefährlicher Mensch gegolten. Ueber den Charakter des Scholl äußert sich der Zeuge sehr günstig. Friedrich Sommer schildert Köhne als jähsornig und brutal. Man habe immer vor ihm Angst gehabt. Seine Frau habe sich einmal vor ihm schlagen müssen. Karl Freier, Wilhelm Sommer und Jakob Kähler, ergänzen das Bild von der Streitsucht und Unverträglichkeit Köhnes, während Emil Scholl in nichts Ungünstiges über ihn zu sagen weiß. Auch Stadtschultheiß Wilhelm Hörger bestätigt, daß Köhne ein gefährlicher Mensch war. Wegen seiner zeitweiligen Unterbringung in die psychiatrische Klinik habe er sich darauf gefreut, daß er ja nicht ins Juchthaus kommen könne. Scholl sei ein allgemein geachteter, fleißiger, solider, tüchtiger Mann. Landjäger Rillig berichtet über die erste Vernehmung des Angeklagten woraus sich für die Verhandlung nichts Neues ergibt. Nach Aussage des Sachverständigen Medizinalrat Maich von Döhringen hat der zweite Schuß die Lunge durchbohrt und binnen ganz kurzer Zeit tödlich gewirkt. Der Betroffene konnte also sein Messer nicht mehr schließen. Eine Abnormität im Gehirn hat sich bei der Sektion nicht vorgefunden. — Die hierauf vorgelegten Schuldsfragen lauten auf 1) Totschlag, 2) Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod, 3) fahrlässige Tötung; im Fall der Bejahung von 1 oder 2 auf mildernde Umstände.

Der Vertreter der Anklage Staatsanwalt Dahn geht davon aus, daß tatsächlich eine Notwehrsituation vorhanden gewesen sei. Jedenfalls aber könne es sich nicht um berechnete Notwehr handeln, da der Angeklagte weiter ging, als zu seiner Verteidigung nötig war. Der Ankläger stellt anheim, ob 1) oder 2) zu bejahen sei und plädiert für mildernde Umstände.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Gumbel, kommt zu dem Resultat, daß es nicht bewiesen ist, daß Scholl den Köhne hat töten, auch nicht, daß er ihn überhaupt treffen hat wollen. Aber auch der Fall der fahrlässigen Tötung liege nicht vor, eine böse Absicht habe nicht bestanden, und nur durch einen unglücklichen Zufall sei der Schuß, der ein Schreckschuss sein sollte, in die falsche Bahn gedrängt worden.

Die Geschworenen bejahten die Frage auf fahrlässige Tötung, worauf der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen beantragte. Der Verteidiger bat um eine milde Strafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 1 Monat unter Anrechnung von 1 Woche der Untersuchungshaft und Tragung der Kosten des Verfahrens. Der Haftbefehl wird aufgehoben.

Heilbronn, 5. Febr. (Strafkammer.) In der Strafsache gegen Alfred Martin, Betriebsleiter und Ernst Martin, Fabrikant von hier, wegen Urkundenfälschung und Betrug wurde Alfred Martin zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr auf welche 2 Monate und 15 Tage der Untersuchungshaft angerechnet werden, Ernst Martin zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre 6 Monate bzw. 2 Jahre Gefängnis beantragt.

## Handel und Volkswirtschaft.

Der Wechselzinsfuß der Reichsbank wurde von 4 1/2 Prozent auf 4 Prozent und der Lombardzinsfuß von 5 1/2 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt.

Regingen, 5. Febr. (Die Maul- und Klauen-seuche.) Wie gemeldet, mußte am vergangenen Dienstag der Viehmarkt hier gesperrt werden, weil der Uracher Oberamtsarzt bei einigen Stücken Händlervieh die Maul- und Klauenseuche festgestellt hatte. Es handelte sich um drei bis vier Tiere der Viehhändler Marx und Ullmann. Das Stadtschultheißenamt war bemüht, die schweren wirtschaftlichen Folgen zunächst der Marktsperre und weiterhin einer ganzen Abspernung der Stadt zu verhindern. Marx ließ denn auch auf Ansuchen die verdächtigen Tiere sofort schlachten. Ullmann aber protestierte selbst dann noch, als ihm die Stadt eine Entschädigung für etwaige Verluste anbot. So ist für die Viehbesitzer von Regingen und der Umgebung bis zu einer Entfernung von 15 Kilometern, aber auch für die diesigen Geschäftsteile ein schwerer Schaden entstanden. Die Sachverständigen waren sich übrigens einig, daß bei der Feststellung der Maul- und Klauenseuche nicht einig. Stadtschultheiß Carl kündigte für den Fall, daß ein Obergutachten gegen die Entschädigung des Oberamtsarztes ausfallen sollte, an, daß er beim Ministerium um die Abhaltung eines Extraviehmarktes noch vor dem 20. Februar nachsuchen werde.

Wildbad, den 7. Februar.

Sonnige Tage. Es geht nun wieder aufwärts, die trübe Zeit des Jahres ist vorbei. Schon die letzten Tage des Januar brachten uns lang entbehrten Sonnenschein, der letzte Sonntag war ja geradezu ein ideal-schöner Wintertag, und der Februar hat das einmal angefangene gute Werk einstweilen, bis auf Widerruf, fortgesetzt. Insofern entspricht die Witterung ausnahmsweise einmal dem hundertjährigen Kalender, der für Anfang Februar schönes Wetter voranschreibt hat. Beinahe möchte man meinen, daß es schon Frühling werden will; aber, aber! Vom 9. d. Mts. an soll es erst kalt, dann kälter werden, später rau, windig mit vielem Schneefall! Also, wir dürfen die jetzige gute Witterung durchaus nicht als maßgebend ansehen, es wäre dagegen sehr zu wünschen, daß es bald wieder frischer wird, ehe sich die Zugvögel, verlockt durch die milde Temperatur, zur Herrreise entschließen. Es hat schon Winter gegeben, die sich als geradezu mörderisch für die armen heimgekehrten Säger erwiesen. Mag es ruhig jetzt noch kalt sein, die Sonne trägt ihr Teil doch dazu bei, daß wenigstens die Mittagsstunden gelinder sind. Bleibt sie doch von nun an immer länger bei uns; zu Ende des laufenden Monats geht sie schon vor 7 Uhr früh auf, während sie abends rund eine Stunde später als jetzt verschwindet. Mag es drum jetzt doch noch schneien und stürmen, wir wissen ja doch, daß die Sonne ihre Herrschaft auf der Erde wieder anzutreten im Begriff steht, und was jetzt noch an Winterstürmen vorbehalten ist, mag nur herankommen, damit später dem Frühjahr nicht das Konzept damit verdohten wird.

Sehste Nachrichten.

Strasbourg, 7. Februar. Das bisher im ausschließlichen Besitz der Pariser Gesellschaft Union de Gaz befindliche Strasbourg Gaswerk ist teilweise in den Besitz der Stadt übergegangen.
Strasbourg, 7. Febr. Ministerialdirektor v. Traut, der stellvertretende Leiter des Landwirtschaftsministeriums unter dem Staatssekretär Frhr. Born v. Bulach hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.
Paris, 7. Febr. Der Flieger Garay stellte gestern nachmittag eine neue Höchstleistung auf, indem er auf dem Flugfeld von Chartres mit 4 Fluggäßen an Bord seines Zweideckers eine Höhe von 2750 Metern erreichte.
Bern, 7. Febr. Der Flieger Parmelin mußte gestern seine Absicht, von Genf über den Mont blanc zu fliegen, infolge des Nebels aufgeben. Falls das Wetter heute klar ist, wird er heute seinen Flug versuchen.
Daag, 7. Februar. Von autorisierter Seite wird erklärt, daß die Nachrichten, wonach Amerika Einladungen zu einer dritten Friedenskonferenz erteilen hätte, falsch sind.

Wie ich mich immer überzeugt habe, ist Kaffee Sag, coffeinfreier Bohnenkaffee, auch der Magen-tätigkeit unschädlich.

Dr. med. Semi Meyer, Danzig (Zeitschr. f. physik. u. diätet. Therapie, 1910).

Grösste Schonung der Wäsche



beim Gebrauch von Dr. Thompson's Seifenpulver. Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen. 5 Pfund-Paket 15 Pf.

Schönheit

verteilt ein zartes reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen und ein blendend schöner Teint. - Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Seife

(die beste Lillienmilchseife), von Bergmann & Co., Radobitz, 4 Stück 50 Pfg. Ferner macht der Cream „Dada“ (Lillienmilch-Cream) rote und spröde Haut weiß und sanftweich. Tube 50 Pfg.

Druck und Verlag des Bernh. Hofmann'schen Buchdruckers in Wildbad. - Verantwortlich: H. Reinhardt, Badelitz.

9. Bezirksverwaltungsamt Neuenbürg.

Aufforderung zur Bezahlung der Einkommen- und Kapitalsteuer für das Steuerjahr 1913.

Diejenigen Steuerpflichtigen, die mit der Bezahlung der restlichen auf 1. Februar fälligen Einkommen- und Kapitalsteuer noch im Rückstand sind, werden aufgefordert, bis spätestens 14. Februar ds. Js. Zahlung zu leisten.

Gegen Säumnisse wird zwangsweise Beitreibung eingeleitet werden.

Mangold.



Schützenverein Wildbad.

Samstag, den 7. Februar 1914, von abends 7 1/2 Uhr ab findet unser

Familien-Abend

verbunden mit Gabenverlosung im Gasthof „Zum Kühlen Brunnen“ statt. Aktive und passive Mitglieder sind freundlichst eingeladen. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Fremde können nach Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden. Freiwillige Gaben zur Verlosung wollen bei Herrn Eisele, „Zum Kühlen Brunnen“, abgegeben werden.

Das Schützenmeisteramt.

Geschäfts-Empfehlung

Einer verehrl. Einwohnerschaft Wildbads und Umgebung die gest. Mitteilung, daß ich neben meiner mechanischen Schreinerei eine

Glaserei

betriebe und empfehle ich mich zur Ausführung aller in dieses Fach einschlagenden Arbeiten bei billigster Berechnung und prompter Ausführung.

Hochachtungsvoll

W. Eisele, Witwe.

Todes-Anzeige.



Schmerz erfüllt machen wir die traurige Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe, treubehagte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin u. Tante

Friederike Gaus, geb. Gutbus,

im Alter von 51 Jahren nach kurzer, aber schwerer Krankheit heute früh 7 1/3 Uhr zu sich zu ruhen.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen: Geschwister Gaus.

Beerdigung: Sonntag nachmittag 1/2 3 Uhr.

Volksversicherung „Viktoria“

empfiehlt sich zur Abschließung von Volksversicherungen für Erwachsene und Kinder mit wöchentlicher Zahlung. Prospekte durch den Vertreter

H. Geiger, Villa Hohened.

Koche mit Knorr

- Montag: Knorr-Weiberkreussuppe
Dienstag: Rumsfordsuppe
Mittwoch: Knorr-Giersternchensuppe
Donnerstag: Topiolasuppe
Freitag: Knorr-Geflügeluppe
Samstag: Tomatensuppe
Sonntag: Knorr-Bilsuppe

48 Sorten Knorr-Suppen.

1 Würfel 3 Teller 10 Pfg

Stotternde

erhalten Sonntag, 8. Februar, von 10-2 Uhr im Hotel Dehler in Pforzheim Auskunft über dauernde Heilung. S. Dillig.

Evang. Gottesdienst.

Septuagesimä, 8. Febr. Vorm. 9/10 Uhr Predigt: Stadtvikar Reppler. 9/11 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 1 Uhr Christenlehre mit den Schönen: Stadtpfarrer Adler. Nachmittags 2 Uhr Predigt in Sprollenhäus: Stadtvikar Reppler. Abends 5 Uhr Missionspredigt von Missionar Zeeb, der 13 Jahre lang in Deutsch-Ostafrika am Nyassa-See tätig war. Opfer für die Mission in Deutsch-Ostafrika.

Kathol. Gottesdienst.

Sonntag, den 8. Februar. 9 Uhr Amt, dann Predigt. 9/12 Uhr Christenlehre und Andacht. An den Werktagen: 7 1/2 Uhr hl. Messe. Beicht: Samstag früh und nachm von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 7 1/2 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Evang. Jünglingsverein.

Sonntag, 8. Februar. 4 Uhr Spielen. 5 Uhr Besuch des Missionsgottesdienstes. 6 Uhr Vereinsstunde.

Kostümröcke

in großer Auswahl von M. 2.50 bis M. 36.- empfiehlt

H. Schanz. Telefon 130.

Sparsame Frauen

strecken Sternwolle

deren Echtheit garantiert dieser



auf jedem Etikett und Umrand und die Aufschrift Fabrik der Sternwollspinnerei Anna Selznick

Neuheit

Waldorff

Aus reiner Wolle hergestellt nicht einlaufend - nicht färbend. Das Beste gegen Schweißfuß

4-Qualitäten

Auf Wunsch Nachweis von Bezugsquellen

Sanitasbrod

empfiehlt Th. Bechtle.

Landwirte!!



Kauftrans-portable Hausback-ofen und Fleischrösch. nur bei der ersten u größten Spezialfabrik Deutschlands Anton Weber, Ettlingen i.S., deren Fabrikate als die besten u. billigst bekannt sind. Neueste Preisliste gratis. Viele Zeugnisse ab. 10-jährigen Gebrauch. Ueber 55 000 Stück geliefert.

Haarausfall!

Schuppen beseitigt das herlich duftende Arnika-Blütenöl „Gadin“. Jedes Haar wird prächtig. a Fl. 50 Pfg. Bei Haus Grundners Nachfl., Drogerie, Hauptstraße 86



Probe

betr. Reichengesang im Schwarzwald-Hotel. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

Ein Mädchen

von 18 bis 20 Jahren, für Zimmer und Beihilfe im Laden findet über die Saison gute Stelle. Wo? sagt die Exped. [16]

Mädchen

für täglich 3-4 Stunden nachmittags zur Mithilfe in einem kinderlosen Haushalt gesucht. Offerten unter „Mädchen“ an die Exped. d. Bl. erb. [17]

Büchlinge

3 Stück 20 Pfg., sowie

Kieler Sprotten

sind frisch eingetroffen.

Hermann Kuhn.

Selbstgefertigte Herren- und Knaben-Anzüge, sowie Hosen

in jeder Größe empfiehlt billigst

Robert Riexinger.

Millionen

abdrücken gegen

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Krampf- u. Keuchhusten

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“

6100 not. begl. Zeugnisse von Ärzten und Privaten verbürgen den sich von Erfolg. Käufer! beherrschliche und wohlgeschmeckende Bonbons

Paket 25 Pfg., Dose 50 Pfg. zu haben bei

Dr. C. Mehger, Hgl. Hofapotheke Herm. Erdmann vorm. J. Grundmann sowie in allen Apotheken.

Junger Mann kann sich zum

Chauffeur

ausbilden. Beruf gleich. Günstig sofort oder später.

Automobilhaus Otter

Offenburg i. Baden.

Prima

Emmentaler, Rahm- und Limburgerkäse

empfiehlt C. W. Bott.

Staatliche Klassenlotterie

4. Lotterie 5 Klassen

2. Klasse. Ziehung am 13. u. 14. Februar 1914

Loserneuerungsfrist bis 9. Februar.

Originallose

1 Achtel 1 Viertel 1 Halbes 1 Ganzes M. 10.- M. 20.- M. 40.- M. 80.- sind zu haben bei

H. Bütt. Lotterie-Einnahme Merkle, Wildbad König-Karlstr. 187 (Verkehrsbüro), Fernspr. 97. Amtl. Lotterieleplan und Aufklärungs-Schriften gratis.